

**Bürgerinitiative Wohnen am  
Leipziger Bahnhof**  
**Dr. Judith Brombacher**  
Tel: XXX (für Veröffentlichung weggelassen)  
Mobil: XXX  
e-mail: XXX

Für die Bürgerinitiative Wohnen am Leipziger Bahnhof - Dr. Judith Brombacher, Josef-Hegenbarth-Weg 20, 01326 Dresden

---

### **Stellungnahmen der Bürgerinitiative Wohnen am Leipziger Bahnhof zum Artikel in der DNN „CDU fordert anständigen Umgang mit Globus“ vom 02.10.2018**

Es ist ein großer Irrtum einiger politisch Verantwortlicher im Dresdner Stadtrat, dass Investoren in Deutschland bzw. in Dresden ein Recht auf die uneingeschränkte Umsetzung ihrer Vorhaben gesetzlich verankert hätten. Sonst hätten wir in jeder Kommune schreckliche Entwicklungen, jeder Grundstückseigentümer könnte z.B. mitten in einer Stadt eine Müllverbrennungsanlage bauen.

Die Grundlage hierfür steht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 14, Satz (2) „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Die Vorhaben von Investoren werden am Besten im konstruktiven Miteinander mit der jeweiligen Kommune, den dort politisch Verantwortlichen und den Bedarfen ihrer Bevölkerung realisiert. Die Hufewiesen in Dresden Pieschen sind das beste Beispiel für ein solch konstruktives Miteinander zwischen Stadt, Bevölkerung und Investor.

Mindestens jedoch müssen sich die Vorhaben von Investoren in die Rahmenbedingungen einer Kommune einfügen. Diese sind im Fall des Geländes am Alten Leipziger Bahnhof eindeutig durch einen Masterplan ohne Globus und stattdessen mit einer gemischten Wohnbebauung, mit Gewerbe, Raum für Kultur und viel Grün festgelegt. Leider besteht aus der Vergangenheit, aus 2011, immer noch der dem o.g. Masterplan widersprechende Aufstellungsbeschluss für einen völlig überdimensionierten Lebensmittelmarkt.

Dresden braucht dringend bezahlbare Wohnungen und ein zukunftsorientiertes, beispielhaftes neues Stadtviertel. Dazu ist das Areal um den Leipziger Bahnhof hervorragend geeignet und viel zu schade, um für einen viel zu großen Supermarkt mit tausenden Parkplätzen verschwendet zu werden. Man muss sich das mal vorstellen: Mitten in einer Stadt auf einer Fläche, die hervorragend an öffentliche Nahverkehrsmittel angebunden ist, sollen tausende Quadratmeter zubetoniert werden, die fast nur durch PKW angefahren werden. Der Preis ist, auf ca. 1.700 Wohnungen und vieles mehr mitten in Dresden zu verzichten und stattdessen noch mehr innerstädtischen Verkehr aufgezwungen zu bekommen!

Dresden hat bereits eine Überversorgung von 130% Einzelhandelsfläche. Eine Überversorgung mit noch mehr Versorgung anzureichern ist volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich unsinnig. Diese noch höhere Überversorgung führt zu einem ruinösen Preiskampf, Werte werden vernichtet. Auf der Strecke bleiben kleine Gewerbetreibende, dahinter verbergen sich Familien und deren Existenzen und tausende von Dresdnern und Dresdnerinnen, die Anteile an einer der beiden Dresdner Lebensmittelgenossenschaften Konsum und Verbrauchergemeinschaft mit insgesamt 30.000 Mitgliedern haben. Der ruinöse Preiskampf wird auch dazu führen, dass Steuereinnahmen von Dresden nach St. Wendel ins Saarland abfließen. Die angeblich neu geschaffenen Arbeitsplätze bei Globus werden woanders in Dresden abgebaut.

Es ist sehr bedauerlich, dass der Eigentümer Globus auf den Bedarf Dresdens und seiner Bevölkerung nun gar nicht eingehen möchte. Der jetzt angebotene Kompromiss von Globus mit „nur noch“ ca. 6.000 qm Verkaufsfläche ist ein „Verdummungsangebot“, da es immer

noch am Bedarf Dresdens völlig vorbei geht. Im Masterplan ohne Globus werden als angemessene Fläche 800 qm Verkaufsfläche genannt.

Die CDU-Stadtratsfraktion beweist sich immer mehr als Partei, die völlig an den Bedarfen der Menschen vorbei agiert, von denen sie gewählt worden ist. Sie sieht keine Grundlage, dass die Dresdner und Dresdnerinnen anständig behandelt werden müssen, nein, dies gewährt sie ausschließlich einem einzelnen Investor.

Die Forderung nach Wohnungsbau von politisch Verantwortlichen und zahlreichen Engagierten verhöhnt die CDU mit „Der Investor ist nicht verpflichtet, sich rot-grün-roten Wohnungsbauphantasien zu beugen“. Dies ist eine unsägliche Arroganz gegenüber denjenigen, die in Dresden verzweifelt bezahlbaren Wohnraum suchen. Ich hatte immer den naiven Glauben, dass Mitglieder des Stadtrats sich dem Wohl einer Stadt und seiner Bevölkerung verpflichtet sähen.

Der Eigentümer Globus plant an den Bedarfen von Dresden und der Zeit vorbei. Die Zeit für Supermärkte mit mehreren tausenden qm-Fläche ist vorbei in Deutschland. Es braucht andere, angepasste, zukunftsorientierte Konzepte. Es wäre wünschenswert, dass Globus diese Herausforderung annimmt.

Es gibt kein Recht für einen Investor, seine wirtschaftlichen Anforderungen, z.B. 200.000 Einwohner als Einzugsgebiet für seinen Verkaufsstandort durch eine Kommune erfüllt zu bekommen. Wo bleibt denn dann das Recht der bereits in der Region tätigen Gewerbetreibenden, dass ihre Existenz dadurch nicht ruiniert wird? Wo bleibt das Recht der Anwohner, nicht durch noch mehr Verkehr in ihrer Gesundheit beeinträchtigt zu werden? Wo bleibt das Recht der vielen Wohnungssuchenden, die aufgrund des Vorhabens eines einzelnen Investors immer weiter steigende Mieten und eine noch schwierigere Wohnungssuche in Kauf nehmen müssen?

Um auch diesen wichtigen Beteiligten, den Dresdnern und Dresdnerinnen gerecht zu werden, **muss dieser widersprüchliche und nicht mehr zeitgemäße Aufstellungsbeschluss aus 2011 für diesen überdimensionierten Einkaufsmarkt endlich zurückgenommen werden, durch den Stadtrat, um regulatorische Klarheit für den tatsächlichen Bedarf und Willen einer Stadt und ihrer Bevölkerung umzusetzen.**

**Es braucht ein konstruktives Miteinander für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung!**

Hierzu bittet die Bürgerinitiative Wohnen am Leipziger Bahnhof den Baupolitischen Sprecher der CDU-Stadtratsfraktion und auch andere Interessierte um eine öffentliche Diskussion um die Zukunft des Alten Leipziger Bahnhofs.

---

Bürgerinitiative Wohnen am Leipziger Bahnhof, Dr. Judith Brombacher, Dresden, 03.10.2018